

25. April 2007**Anfrage**

der Abgeordneten Dr. Günter Stummvoll, Mag. Heribert Donnerbauer,
Kolleginnen und Kollegen

an die Bundesministerin für Justiz

betreffend rechtswidrige Verzögerung der Vorlage der Atomic-Akten an den Untersuchungsausschuss Finanzmarktaufsicht durch das Justizministerium

Die Anfragebeantwortung 336/AB vom 17.4.2007 versucht, die Behinderung der Arbeit des Untersuchungsausschusses durch monatelange Verzögerung der Vorlage der Atomic-Akten mit dem beharrlichen Verweis auf eine völlig unhaltbare und widerlegte Rechtsansicht zu entschuldigen.

Tatsache ist jedenfalls, dass die bis dato letzten Atomic-Akten erst am 28. März 2007 dem Parlament übermittelt wurden; das ist 4 ½ Monate nach der Anforderung durch den Untersuchungsausschuss.

Es stellt sich daher die Frage, warum das Justizministerium nicht nur seit dem Jahr 1995 pflichtwidrig verabsäumt hat, für eine ordentliche Untersuchung der Verdachtsmomente gegen Justizangehörige, Masseverwalter und BAWAG-Vertreter zu sorgen, sondern sogar den Untersuchungsausschuss in seiner Arbeit behindert hat. Das kann kein Zufall sein.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

1. Sind Sie bereit, die parlamentarischen Anfragen vom 3. April 2007 zu 633/J betreffend „Befangenheit und Nebengeschäfte eines Konkursrichters“ und zu 634/J betreffend „Rechtswidrige Versicherung eines Konkursrichters“ unverzüglich beantworten und nicht erst zum gesetzlich spätest möglichen Zeitpunkt am 3. Juni 2007?
2. Trifft es zu, dass Akten in der Causa Atomic bereits am 27. November 2007 im Justizministerium eingelangt sind, aber unter der sinngemäßen, nur als zynisch zu bewertenden Bemerkung, der Untersuchungsausschuss werde gegebenenfalls schon urgieren, nicht weitergeleitet wurden; wenn ja, wer war für diese unverständliche Vorgangsweise verantwortlich?
3. Steht die monatelange Verzögerung der Übermittlung der Atomic-Akten in einem zeitlichen oder sonstigen Zusammenhang damit, dass der für die staatsanwaltlichen Untersuchungen der Causa Atomic im Justizministerium seit vielen Jahren zuständige Beamte SL Dr. P. Ende 2007 gerade unmittelbar vor einer Beförderung stand und daher öffentliches Aufsehen möglichst vermieden werden sollte?

4. Trifft es zu, dass – wie aus den Akten des Untersuchungsausschusses hervorgeht – der oben genannte Dr. P. auch der spiritus rector für die unhaltbare Rechtsansicht war, wonach dem Untersuchungsausschuss nicht alle Atomic-Akten vorgelegt werden sollten?
5. Trifft es zu, dass die Staatsanwaltschaften Salzburg und Steyr alle Anzeigen in der Causa Atomic über Verdachtsmomente gegen den Konkursrichter Dr. Gregor S., gegen die Masseverwalter Dr. V. und Dr. H.-E. und gegen BAWAG-Angehörige ohne jede Ermittlung und somit pflichtwidrig eingestellt haben?
6. Wenn nein, welche konkreten Ermittlungen haben diese Staatsanwaltschaften gegen welchen der genannten Verdächtigen unternommen oder veranlasst (Vernehmung der Verdächtigen, von Zeugen, Hausdurchsuchungen, Kontoöffnung, Buchprüfung durch Sachverständige)?
7. Wenn es solche Ermittlungen gegeben hat, wo sind die Akten über diese Ermittlungen, die der Untersuchungsausschuss schon vor Monaten angefordert hat?
8. Waren die in Frage 5 genannten Akten von Anfang an Berichtsakten?
9. Trifft es zu, dass das Justizministerium seit 1995 über diese rechtswidrige Unterlassung von Ermittlungen informiert war und dennoch nicht für eine ordentliche Untersuchung durch die Staatsanwaltschaften gesorgt hat?
10. Trifft es zu, dass Dr. P. zunächst als Abteilungs-, später als Sektionsleiter maßgebenden Anteil daran hatte, dass keine Ermittlungen vorgenommen wurden, sondern lediglich schriftliche Stellungnahmen der Verdächtigen zur Grundlage für die sofortigen Einstellungen genommen wurden?
11. Was genau werden Sie wann unternehmen, um endlich eine ordentliche und unabhängige Untersuchung der Verdachtsmomente in der Causa Atomic durch Staatsanwaltschaften und Gerichte sicherzustellen?

